

Erklärung von Attac Madrid zu den Ereignissen in Katalonien

2.10.2017

Angesichts der ernsten Geschehnisse, die sich am 1. Oktober und in den vergangenen Tagen in Katalonien ereigneten, den wahllosen Repressalien der Zentralregierung gegen die Zivilbevölkerung, erklärt Attac Madrid seine Empörung und Ablehnung und verlangt, dass diejenigen, die diese Repressalien beschönigt und unterstützt haben zur politischen Verantwortung gezogen werden.

Seit der Verkündung der so genannten „Knebelgesetze“, der Sicherheitsgesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Versammlungsfreiheit drastisch beschneiden und Verstöße unter Strafe stellen, womit elementare Menschenrechte verletzt werden, hat Attac Madrid vor einem autoritären Abdriften der konservativen PP Regierung gewarnt.

Gestern zeigte sich dies in Katalonien, wo eine wehrlose Bevölkerung mittels Urnengang auf friedliche Weise von ihrem Recht gebrauch machen wollte, über ihre Zukunft zu entscheiden – davor in Murcia, Andalusien oder Madrid. Dieser autoritäre Schwenk der Regierung beeinträchtigt alle Staatsbürger und gibt Anlass zum Zweifel an der demokratischen Rechtmäßigkeit, auf die sich die Regierung beruft .

Attac Madrid fordert:

die Aufhebung der so genannten Knebelgesetze
den Rücktritt aller Verantwortlichen in Politik und Polizei, das Fallenlassen aller gerichtlichen Anklagen, die zu dieser Situation in Katalonien geführt haben
politisches Handeln, das den Dialog sucht, um eine demokratische und einvernehmliche Lösung zu finden, die den Bedürfnissen der katalanischen Bevölkerung entspricht.

Attac Madrid, 2.10.2017

(Übersetzung SiG-Redaktion)